

## **Rentenzahlungen endlich einstellen**

Zu »Neun Millionen Euro für Francos Kämpfer«, 21./22.11., S. 25

Werner Abel hat zu Recht die Zahlungen von Renten an Faschisten in Spanien bis heute, 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, als Skandal gegeißelt. Aus Steuergeldern aller, also auch deutscher Kommunisten, Antifaschisten, Humanisten und Opfer des Naziregimes und ihrer Hinterbliebenen, wird immer noch Geld an ihre Peiniger gezahlt.

Wer verpflichtet die Bundesregierung, heute noch diese Verträge einzuhalten? Wie kann es sein, dass die heute Regierenden die Bevölkerung zu Zivilcourage gegen Rechts oder gegen fremdenfeindliche Übergriffe aufrufen und selbst den braunen Sumpf weiter finanzieren?

Als Mitglied des Vereins »Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939 e. V.« protestiere ich aufs Schärfste gegen die unerhörte Praxis der deutschen Regierung, spanischen Nazikollaborateuren und ihren Hinterbliebenen Pensionen zu gewähren. Dass die Bundesregierung nicht die Absicht hat, die Praxis der Versorgungszahlungen an ehemalige Mitglieder der »Blauen Division« abzuschaffen, ist ein Skandal. Beteiligt waren die Spanier der »Blauen Division« unter anderem an der 900 Tage dauernden Blockade Leningrads, die nach Schätzungen mehr als einer Million Einwohnern der Stadt das Leben kostete.

Stuft die Bundesregierung diese Blockade nicht mehr als ein Kriegsverbrechen ein? Sie müsste es indes besser wissen. Am 27. Januar 2014 erinnerte der 95-jährige Daniil Granin in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und zugleich des Endes der fast 900 Tage andauernden Belagerung Leningrads durch die deutsche faschistische Wehrmacht die anwesenden Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages nachdrücklich an das Verbrechen.

Es ist höchste Zeit, die Rentenzahlungen an Hinterbliebene aller ausländischen Nazikollaborateure einzustellen und die dazu notwendigen völkerrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Im Oktober 2016 jährt sich zum 80. Mal die Gründung der Internationalen Brigaden, in denen Freiwillige aus über fünfzig Ländern der bedrängten Spanischen Republik zu Hilfe eilten. Die Ziele dieser Freiwilligen von damals sind noch immer auch die meinen: Freiheit, Frieden, Menschenrechte und Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus und internationale Solidarität.

Hans-Jürgen Schwebke, Berlin

**nd, Berlin-Ausgabe vom Dienstag, 1. Dezember 2015, Seite 18**

Link: <http://epaper.neues-deutschland.de/eweb/nd/2015/12/01/b/18/1015103/>